



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Dienstag, 27.06.2023

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 21:53 Uhr

Ort, Raum: Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Vorsitz

Thomas Czesky

Ordentliches Mitglied

Thomas Blanke

Rolf von Lützow

Janine Küchenmeister

Steffen Sloty

Martina Leisten

Sachkundige Einwohner

Joachim Büder entschuldigt

Jens Kaehlert

Amtsleiter(in) Rechts- und Personalamt

Raimund Kramer

Pressesprecher

Sabine Leifeld

Protokollant(in)

Carolin Peidelstein

Seite: 1/11

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

| 1 | Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden | |
|---------------|--|--------|
| 2 | Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 4 5 | Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 06.06.2023 Bericht aus der Verwaltung | |
| 6 | Einwohnerfragestunde | |
| 7 | Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder | |
| 8 | Beratung von Beschlussvorlagen | |
| 8.1 | Gefahren- und Risikoanalyse und Gefahrenabwehrbedarfsplan der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Zossen | 065/23 |
| 8.2 | Änderung der Hauptsatzung - Neubildung des eigenständigen Ortsteils Dabendorf | 083/23 |
| 8.3 | Verlängerung / Ausbau 70 Km/h Bereich L79 "Horstfelder Straße" | 069/23 |
| 9 | Schließung der öffentlichen Sitzung | |

Niederschrift

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Czesky um 19:03 Uhr eröffnet.

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Czesky stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitglieder 6 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

Herr Kaehlert, sachkundiger Einwohner nimmt online an der Sitzung teil.

3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Blanke:

Er habe Bedenken an der Tagesordnung. TOP 8.1. mit der BV 065/23 ist nicht innerhalb von 5 Tagen zu lesen. Er bittet um Vertagung in den BBW und FA. Er möchte den TOP nach der Sommerpause beraten.

Herr Kramer:

Es ist eine gesetzliche Aufgabe der Kommune. Wir sollten in keinen Zeitverzug kommen.

Herr Czesky:

Heute ist extra Herr Finke da und steht uns für Fragen zur Verfügung.

Frau Küchenmeister:

Es wäre ein 2. RSO sinnvoll. Der Beschluss sollte nicht am 10.07. entschieden werden. Das sollten wir erst im September machen.

Was ist mit den Anträgen der Fraktion für die anderen Ortsteile?

Herr von Lützow:

Wir sollten die Vorstellung von Herrn Finke hören und dies im FA und BBW ebenfalls besprechen.

Die Tagesordnung bleibt, wie vorliegend bestehen.

Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 06.06.2023

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

5 Bericht aus der Verwaltung

Herr Kramer:

- Glasfaserausbau: Die Lagepläne und Schachtgenehmigungen sollen von den Firmen vorgelegt werden. Das Ordnungsamt soll die Wege regelmäßig kontrollieren. Im Bauamt werden durch die Firmen nur die Bauarbeiten angezeigt.
- Sachverhalt und Unterstützung der Kommune bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Strandbad Wünsdorf – vor 14 Tagen gab es einige Zwischenfälle im Strandbad. Wir haben uns mit den betreffenden Stellen abgestimmt und den Betreibervertrag angesehen. Grundsätzlich gibt es eine Betreiberpflicht. Wir haben mit dem Außendienst gesprochen und es besteht die Frage, ob man zusätzlich einen Sicherheitsdienst beauftragt.
- Instandsetzung Fritz-Jäger-Allee Die Arbeiten wurden im April ausgeführt, da der Februar und März sehr kalt und regnerisch war. Die großen Schlaglöcher wurden ausgebessert. Da nicht genug Asphalt vorhanden war, wurden erst danach die kleinen Schlaglöcher mit Rephalt ausgebessert. Es entstehen keine weiteren Kosten für die Stadt. Dies müsste bereits am 31.05. abgeschlossen sein.

Es findet eine Pause von 19:17 Uhr bis 19:22 Uhr.

6 Einwohnerfragestunde

Herr Juricke, OV Horstfelde:

In der Ortsbeiratssitzung am 03.01.2023 wurden 2 Beschlüsse gefasst. Diese wurden am 04.01.2023 an die Verwaltung und den Vorsitzenden der SVV weitergeleitet, mit der Bitte um Aufnahme als Tagesordnungspunkt zur nächsten Stadtverordnetenversammlung. Dies ist immer noch nicht passiert. Es geht um die Schulwegsicherung Am Friedhof und den Ausbau des Radweges von Saalow bis zum Chausseehaus. Wann werden die Beschlüsse umgesetzt? Er bittet um eine schriftliche Antwort.

Herr Kramer:

Wenn es ein Antrag auf Beschlussfassung gibt, dann muss dies erstmal auf die SVV. Bitte die Frage in der nächsten SVV stellen, dort sind der Vorsitzende und die Hauptverwaltungsbeamtin anwesend.

Frau Schreiber:

Breitbandausbau: Die Firmen benötigen eine Schachtgenehmigung und diese muss die Stadt genehmigen, wenn es sich um Wege, die im Eigentum der Stadt sind, handelt.

Wie ist der Stand bei der Regionalen Planungsgemeinschaft? Wer war als Vertreter der Stadt dort? Wie hat der Vertreter zu den Windeignungsgebieten abgestimmt? Wo ist heute Frau Şahin-Schwarzweller?

Das Chaos im Sitzungskalender ist für die Bürger und Ehrenamtler unzumutbar. Seit letztem Jahr gibt es einen beschlossenen Sitzungskalender. Was ist mit Sondersitzungen, die zusätzlich geplant wurden und dann doch nicht stattfinden? Wie lange lassen die Ehrenamtler sich das gefallen? Wie sollen da die Bürger noch beteiligt werden?

Herr Kramer:

Auch in Ihrer Zeit habe ich Sie im RSO lange Zeit vertreten. Das war seine Aufgabe und das macht er auch weiter so. Sie fordern Anstand und Würde ein, dass gleich gilt auch für Sie.

Sie wissen genau, wer bei der Reg. Planungsgemeinschaft dabei ist. Sie waren immer dabei und jetzt hat Frau Şahin-Schwarzweller die Aufgabe übernommen. Sie wissen, wie Frau Şahin-Schwarzweller abgestimmt hat und darüber wird in der SVV berichtet

werden.

Im RSO wird sich immer gut miteinander abgestimmt und er kann kein Chaos feststellen.

Herr Czesky:

Die Sitzungstermine sind veröffentlicht. Der nächste Termin des RSO wurde runtergenommen und durch den HA ersetzt.

Frau Schreiber:

Das Chaos mit den Terminen ist für die Bürger nicht nachvollziehbar. Könnte der Kalender veröffentlicht werden und nicht die Tabelle?

Der Beschluss 065/23 ist ein wichtiges Thema. Im Beschluss steht, dass dies im Haushalt aufgenommen werden soll. Der Beschluss sollte ausführlich in den Ausschüssen behandelt werden.

Warum sind die Anträge von Plan B zur Neubildung der Ortsbeiräte nicht auf der Tagesordnung des RSO?

Herr Czesky:

Er wollte die Anträge nicht auf der Tagesordnung haben.

Frau Schreiber:

In der Einwohnerversammlung ist von der Verwaltung gesagt worden, dass es ein umständliches Verfahren ist. Nun liegt so unproblematisch ein Beschluss der Verwaltung vor. Am 10.07. sollten die Anträge von Plan B beschlossen werden und nicht dieser Antrag. Dort muss sonst die Kommunalaufsicht eingreifen und das Verfahren stoppen.

7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Frau Küchenmeister:

Wie weit ist der Beschluss zur Arbeitsgemeinschaft in bewegten Zeiten? Was macht diese Arbeitsgemeinschaft? Wer ist dort Mitglied? Arbeitet die AG auch an dem Black-Out-Plan?

Auf der Homepage könnte man auch schreiben, dass die Sitzungen entfallen. Wir planen unsere Termine nach dem Sitzungskalender und oft werden die zusätzlichen Ausschüsse nicht benötigt. Müssen die Lücken wirklich vorab gefüllt werden?

Herr Kramer:

Den Umsetzungsstand der AG nimmt er mit für den nächsten RSO.

Es gibt Regelungen, wann Sitzungen einzuladen sind. Die Notwendigkeit muss durch die Verwaltung mit dem Ausschussvorsitzenden geprüft werden.

Herr Czesky:

Wenn ein Termin entfällt, dann sollte das mit auf die Homepage geschrieben werden.

Frau Küchenmeister:

Es wird schon mit uns gesprochen. Wir haben proforma die Termine bekommen. Ist dies wirklich notwendig? Wir halten uns jetzt die Termine frei und dann wird es doch abgesagt.

Was sind das für neue Bezeichnungen mit Kenntnisnahme? Vorberatung und Entscheidung kennen wir bereits.

Herr Kramer:

Mit der Kenntnisnahme wurde ungünstig formuliert. Der Beschluss ist zur Vorberatung.

Herr von Freiherr von Lützow:

Wer übernimmt die Kosten für die Sicherheitsleute im Strandbad Wünsdorf?

Bahnhof Wünsdorf – Es liegt immer noch der Streusand vom Winter auf den Treppen. Wer ist für die Treppen am alten Blumenladen zuständig? Diese sind auch verschmutzt.

Vor 2 Wochen habe er eine E-Mail an Herrn Graf geschrieben bezgl. eines Grundstücks von Frau R., das dort der Graben gereinigt werden muss. Es betrifft die Straßen am Wünsdorfer See. Die Chausseestraße, Mellenseestraße und Zum Bahnhof. Diese kommen an ihrem Grundstück zusammen. Bei Regen fließt das gesamte Wasser auf ihre Wiese. Mal machte es die Stadt und mal die DNWAB.

Herr Kramer:

Die Kostenübernahme für die Sicherheitsmaßnahme stimmen wir aktuell ab. Die private Pächterin wird das nicht tragen können.

Der Wünsdorfer Straße geht er nach. Wir hatten vor vielen Jahren mal eine verbindliche Regelung mit ihr getroffen.

Herr Blanke:

Ist der Sandweg am Galluner Kanal auf Höhe der AKK Birkenheide zum Rundwanderweg Motzener See im Eigentum der Stadt Zossen? Der Weg ist in einem problematischen Zustand. Wer ist für die Verkehrssicherungspflicht zuständig?

Herr Kramer:

Das wird als Prüfauftrag aufgenommen.

8 Beratung von Beschlussvorlagen

Gefahren- und Risikoanalyse und 8.1 Gefahrenabwehrbedarfsplan der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Zossen

065/23

Herr Finke:

Er stellt den Beschluss anhand einer Präsentation vor. (Anlage des Beschlusses).

Herr Freiherr von Lützow:

Es kommen große Aufgaben auf die zukünftigen Stadtverordneten zu. An die Stadtwehrführung – kam in der Zeit noch etwas dazu?

Herr Bleeck, Stadtwehrführer:

Wir haben dies als Arbeitsgrundlage genommen. Wir haben aktuell keine neuen Erkenntnisse. Wir erstellen ein Entwicklungskonzept, wie wir die Entwicklung der Feuerwehr sehen.

Frau Leisten:

Sie dankt für die verständlichen Ausführungen. Sie haben die Löschwasserfunktion problematisch angesprochen. Mit so viel Wasser und Seen sollten wir gut versorgt sein, aber das ist nicht der Fall. Könnte man was gegen die Verkrautung machen? Geben Sie Empfehlungen dazu ab?

Sind Sie in Kenntnis gesetzt worden von der Schließung Bahnübergang Thomas-Müntzer-Straße? Herr Baranowski meinte, dass die Brücke in Mellensee diese Zeit nicht überstehe. Dann wären die Notfallwege von der Umwelt abgetrennt.

Warum wurden wir als Kommunalpolitiker keinerseits mit einbezogen. Wo kommen da ihre Kenntnisse her?

Herr Flink:

Wir haben ein Bildnis geschaffen, was die Bedarfsplanung angeht. Die Lokalpolitik war nicht von Anfang an dabei. Die Schließung des Bahnübergangs ist kein konventionelles Thema. Die Löschwasserversorgung halten wir in der Bedarfsplanung relativ schmal. Wir geben grobe Empfehlungen ab.

Herr Bleeck, Stadtwehrführer:

Mitte 2022 gab es die ersten Informationen, dass die Bahnquerung Thomas-Müntzer-Straße länger geschlossen werden soll. Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, wie wir das Problem lösen können und haben mit Mellensee gesprochen. Mellensee hat Unterstützung signalisiert. Wir sind in der Pflicht mit Mellensee ins Gespräch zu gehen und dann wird Mellensee auch tätig.

Frau Küchenmeister:

Wann wird die neue Stadtwehrführung in der SVV vorgestellt?

Gibt es noch eine Legende zu den einzelnen Punkten/ Abkürzungen?

Niemand von der Stadtpolitik wurde befragt. Das sollte nachgeholt werden. Könnte das Konzept noch geändert werden? Wie ist der Vergleich zu anderen Kommunen in ähnlicher Größe? Horstfelde und Nächst Neuendorf weisen einen Stau auf. Wir sollten genauer über ein gemeinsames Feuerwehrhaus für Nächst Neuendorf und Horstfelde sprechen.

Herr Finke:

Solange der Beschluss nicht gefasst ist sind Änderungen möglich. Für gewöhnlich verlässt sich die Politik auf die Meinung der Fachleute.

Auf den vorderen Seiten sind die Brände/ Abkürzungen etc. erläutert.

Es gibt gewisse Kennzahlen. Aber wo hilft einem das? Wichtig ist, ist die Feuerwehr in der Struktur arbeitsfähig? An der Stelle machen Kennzahlen keinen Sinn.

Frau Wegner:

Die Vorstellung der Stadtwehrführung findet in der nächsten SVV statt.

Herr Kaehlert, sachkundiger Einwohner:

Die Feuerwehr sollte in der Haushaltsmittelplanung finanziell haushälterisch bedacht werden. Seit der Beendigung des Planes ist etwas Zeit vergangen. Die Bauabschnitte entwickeln sich sehr dynamisch. Vielleicht sollte man dies dann nochmals anfassen, da auch die Baumaßnahmen mindestens 2 Jahre dauern werden.

Was passiert, wenn die Bevölkerung noch stärker ansteigt?

Herr Finke:

Das war tatsächlich ein Thema in der Bearbeitung. Beim Stand vom 28.3. ist schon die Anpassung der Bevölkerung eingepflegt. Es ist eine Prognose. Wie sich das "Ist" darstellt kann niemand wissen. Die Feuerwehr der Stadt Zossen ist gut aufgestellt.

Herr Blanke:

Gibt es eine Art Planspiel, das grenzenlos ist? Wie viele Millionen braucht die Stadt? Gibt es eine Analyse oder Auswertung der Problematik mit den Großbränden in Treuenbrietzen und Jüterbog? Werden die Feuerwehren dort auch unterstützt.

Wir haben ein Problem mit dem Wasserverbrauch, Wasserstand und der Wasserknappheit. Muss eine bestimmte Menge an Wasser vorhanden sein?

Der Beschluss sollte bei der SVV nicht auf der Tagesordnung sein, um offene Fragen zu klären.

Herr Finke:

Zum Investitionsstau, wenn etwas zu bauen und beschaffen ist, ist das eine leistbare Aufgabe. Seit Jahrzehnten gibt es schon Konzepte die sich um Großereignisse und Katastrophen im Land Brandenburg kümmern. Dies wird mit den Brandschutzeinheiten organisiert.

Herr Czesky:

In der Stadt sollen alle 300m Löschbrunnen sein. An den Wulzen wurden Löschwasserbrunnen aufgestellt. Das Land unterstützt dies mit Fördermitteln.

Herr Juricke, OV Horstfelde:

Wird es für die baulichen Veränderungen eine Anhörung für den Ortsbeirat geben? Es ist anhörungspflichtig, wenn Feuerwehren schließen und woanders aufgebaut werden.

Herr Kramer:

Auf jeden Fall gibt es da eine Anhörung.

Herr Sloty:

Wir beschließen einen Beschluss, womit die Verwaltung beauftragt wird, das in der Haushalts- und Investitionsplanung mit aufzunehmen. Wenn der Beschluss in der SVV beschlossen wird, dann wird es auch einzelne Beschlüsse dazu geben.

Frau Küchenmeister stellt einen Antrag auf erneute Vorlage im RSO und dann erst in der SVV.

Herr Kramer:

Herr Finke kann nicht zu jeder Sitzung kommen. Das sind Analysen und Vorschläge auf der Grundlage der Gesetze die Sie machen müssen. Da kann man sich nicht durch Einflüsse aus der Politik, Großereignissen oder Presseartikeln beeinflussen lassen. Es gibt klare Vorgaben für diese Risikoanalyse und sie machen Vorschläge. Die Vorschläge könnten dann zu Einzelbeschlüssen führen. Wie ist die Verfahrensweise? Es ist nur eine Risikoanalyse von festgelegten Kennziffern.

Herr Finke:

In Brandenburg muss das Konzept beschlossen werden. Sie beschließen die Richtigkeit des Konzeptes. Die Maßnahmen kommen erst im Nachgang. Es ist ein Konzeptpapier. Es sind auch Fortschreibungen innerhalb der nächsten 5 Jahre möglich. In 5 Jahren würden wir gucken, was noch offen ist und wir beurteilen die Lage erneut.

Frau Küchenmeister:

Die Beschlussvorlage hat die Verwaltung geschrieben. Punkt 2 sagt, dass das umgesetzt wird.

Wenn das so bleibt, beschließen wir, dass die Maßnahmen so umgesetzt werden. Wir sollten einzeln über die Punkte abstimmen und Punkt 2 weglassen.

Frau Leisten stellt einen Geschäftsordnungsantrag, dass über Frau Küchenmeister ihren Antrag abgestimmt werden soll.

Herr Czesky:

Der Antrag ist von der Verwaltung.

Frau Küchenmeister:

Sollen wir einen erneuten RSO einladen und über das Thema sprechen oder heute abstimmen ohne Punkt 2?

Herr Freiherr von Lützow:

Er schlägt vor, dass unter Punkt 2 steht "...auszuarbeiten und der SVV vorlegen."

Frau Küchenmeister:

Sie schlägt vor, dass unter Punkt 2 steht "...eine entsprechenden BV ist auszuarbeiten und den Ausschüssen und der SVV vorzulegen."

Herr Kramer:

- *Änderungsvorschlag der Verwaltung*
- 2. die Beauftragung der Verwaltung, die im Gefahrenabwehrbedarfsplan genannten

Maßnahmen in eine entsprechende Beschlussvorlage auszuarbeiten und diese in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Das Wort Kenntnisnahme wird gestrichen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt

- 1. den Gefahrenabwehrbedarfsplan der Stadt Zossen in vorliegender Form, gemäß Anlage 1.
- 2. die Beauftragung der Verwaltung, die im Gefahrenabwehrbedarfsplan genannten Maßnahmen in <u>eine entsprechende Beschlussvorlage auszuarbeiten und diese in den</u> Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis zum geänderten Beschluss

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 3 | 0 | 3 |

Der Beschluss wird empfohlen.

8.2 Änderung der Hauptsatzung - Neubildung des eigenständigen Ortsteils Dabendorf

083/23

Es findet eine Pause von 21:18 Uhr bis 21:27 Uhr statt.

Herr Kramer:

Es gab eine Einwohnerversammlung und aus dieser Versammlung heraus entstand das Bedürfnis, dass die Verwaltung sich an die Ausschüsse und SVV wendet. Es ist ein sehr komplexer Prozess. Sein Kenntnisstand heute ist, dass es einen Änderungsantrag einer Fraktion SPD/Linke gibt, dass erstmal eine Einwohnerbefragung bzw. Analyse stattfindet. Bei 2.700 Einwohnern sollte man eine Befragung der Bevölkerung vornehmen.

Die Änderungssatzung ist so nicht richtig und es gibt noch formelle Änderungen.

Wir haben einen Ortsbeirat Zossen seit 2003. Diesen gibt es nicht ohne Grund mit dem Gemeindeteil Dabendorf. Er hat auch gute Arbeit geleistet. Warum gibt es jetzt Schwierigkeiten und warum gibt es den Bedarf? Die letzten 3 Jahre waren die Sitzungen auch im Ortsbeirat mit Dabendorfer Themen. Wo liegt nun die Notwendigkeit?

Herr Reimer:

Wir haben im Ortsbeirat darüber sehr ausführlich beraten. Der Ortsbeirat war dem nicht abneigt. Wenn die Dabendorfer das wünschen, dann kann das auch geschehen.

Frau Küchenmeister:

Wurde das nicht in der Einwohnerversammlung geklärt, warum es diesen Antrag gibt?

Gut das Zossen neutral eingestellt ist. Wenn wir das empfehlen und beschließen, machen wir dann nicht einen Schritt zu viel? Wir müssten die Satzung ja mehrmals ändern. Wir sollten das vertagen und die anderen Themen von Waldstadt und Neuhof mit aufnehmen. Wird der Antrag zurückgezogen?

Herr Blanke:

Wir machen uns die Arbeit doppelt mit Waldstadt und Neuhof. Das wir jetzt nach 20 Jahren Abstand, mit Zahlen der Bedarf da ist, das anhand der Zahlen.

Er glaubt nicht, dass es so einfach geht. Die Hauptsatzung sollte vorgelegt werden. Er benötigt die Zuarbeit und das ok von der Kommunalaufsicht. Aktuell können wir

die Ortsteile nicht zur nächsten Wahl wählen. Das Inkrafttreten ist falsch.

Herr Kramer:

Wir müssen noch formelle Anpassungen vornehmen, genau das war einer. Es ist bekannt in der Verwaltung. Der Beschluss kommt so nicht in die SVV. Der Antrag wird nicht zurückgezogen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt nachfolgende Änderungsatzung zur Hauptsatzung.

Änderungssatzung zur Hauptsatzung

§1 Änderung der Ortsteile

§4 Abs. 1

Ziffer 10 wird wie folgt neu gefasst:

- "10. Ortsteil Zossen, Gemarkung Zossen"

§4 Abs. 1

Ziffer 11 - wird neu hinzugefügt

- "Ortsteil Dabendorf, Gemarkung Dabendorf"

§4 Abs. 2 - Ziffer 1 entfällt

Die nachfolgenden Ziffern ändern sich entsprechend.

§5 Abs. 2 – wird wie folgt ergänzt

- k) Dabendorf 5 Mitglieder

§2 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach der nächstfolgenden Kommunalwahl in Brandenburg in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 0 | 6 | 0 |

Der Beschluss wird nicht empfohlen.

8.3 Verlängerung / Ausbau 70 Km/h Bereich L79 "Horstfelder Straße"

069/23

Herr Juricke; OV Horstfelde:

Er stimmt diesem zu. Wir haben das so beantragt.

Herr Czesky:

Im vorderen Bereich in Nächst Neuendorf sollte an der Bushaltestelle nur 50 km/h sein.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt: die Stadt Zossen zu beauftragen, eine Genehmigung zur Erweiterung / Ausbau des bestehenden Tempo 70 Km/h Bereiches auf der L79 "Horstfelder Straße" bei der zuständigen Behörde des Landkreis Teltow- Fläming zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 6 | 0 | 0 |

Der Beschluss wird empfohlen.

9

Schließung der öffentlichen Sitzung Herr Czesky schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:45 Uhr.

Thomas Czesky Vorsitz

Carolin Peidelstein Protokoll

Seite: 11/11